

Wolfgang Schäuble  
Grenzerfahrungen



WOLFGANG SCHÄUBLE

# Grenzerfahrungen

Wie wir an Krisen wachsen

Mitarbeit: Jacqueline Boysen  
und Hilmar Sack

Siedler

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,  
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,  
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich  
auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® Noo1967

2. Auflage

Copyright © 2021 by Siedler Verlag, München,  
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,  
Neumarkter Straße 28, 81673 München  
Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt

Umschlagabbildung: © Bundesministerium der Finanzen, Foto: Ilja C. Hendel  
Satz: Vornehm Mediengestaltung GmbH, München  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-8275-0144-8  
www.siedler-verlag.de



Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

## Inhalt

<b>Politische Grenzerfahrungen – und warum wir sie nicht fürchten müssen</b>	7
1	
<b>Grenzenlos glücklich? Der Mensch zwischen Freiheit und Begrenztheit</b>	20
<i>Gespräch mit Rutger Bregman</i>	40
2	
<b>Begrenzte Handlungsspielräume: Zur Verantwortung der Politik in der Demokratie</b>	60
<i>Gespräch mit Ralf Fücks</i>	89
3	
<b>Grenzen des Wachstums? Über nachhaltiges Wirtschaften in Zeiten der Globalisierung</b>	102
<i>Gespräch mit Maja Göpel</i>	133
4	
<b>Grenzen der Vielfalt? Über Nation, Identität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt</b>	150
<i>Gespräch mit Armin Nassehi</i>	175

5

**Überwundene Grenzen? Zur Zukunft Europas** 189

*Gespräch mit Sylvie Goulard* 214

6

**Grenzenlos gültig? Über westliche Werte und unsere Verantwortung in der Welt** 226

*Gespräch mit Ivan Krastev* 253

7

**Vergangene Zukunft? Wo Erinnerung befreit und Geschichte begrenzt** 273

*Gespräch mit Diana Kinnert* 292

**Dank** 307

**Leseempfehlungen** 309

**Die Gesprächspartner und Moderatoren** 312

**Personenregister** 316

## **Politische Grenzerfahrungen – und warum wir sie nicht fürchten müssen**

Leben heißt Veränderung – und ich weiß, was das bedeutet. Etwas Vergleichbares habe ich in fünfzig Jahren Politik dennoch nicht erlebt. Als im Frühjahr 2020 in vielen Ländern ein Lockdown angeordnet wurde, stand für einen Moment die Welt still. Scheinbar. In Wahrheit verändert die Pandemie unser Leben rasant. Wer heute noch einmal eine Zeitung vom Jahresanfang 2020 in die Hand nimmt, wird sich über die damaligen Themen wundern und staunen angesichts einer Berichterstattung über ein Virus, das zwar gefährlich erschien, aber doch sehr weit weg.

Auch heute glauben noch immer Menschen, die Veränderung unserer Gewohnheiten sei eine allenfalls vorübergehende Erscheinung und bald werde alles wieder genauso sein, wie es vor Corona war, als man sich in der Familie und mit Freunden sorglos traf, zwanglos in Restaurants und Bars, entspannt im Konzert, Theater, Kino, feiernd in Klubs oder Stadien. Mit Urlaub in fernen Ländern, ohne Abstandsregel, Maskenpflicht und Quarantäne.

Bei allen Unwägbarkeiten, die mit dem Virus verbunden sind, ist eines sicher: Die globale Pandemie bedeutet eine Zäsur. Aber wird die Welt sich grundlegend wandeln? Die Ansichten darüber gehen auseinander. Für die einen dominiert die Natur

des Menschen mit ihren Beharrungskräften. Mir ist die Überlegung des litauischen Schriftstellers Marius Ivaškevičius im Gedächtnis geblieben, der sich beim Satz »Die Welt wird nie mehr so sein, wie sie war« an frühere einschneidende Ereignisse erinnert fühlte. Danach habe es zwar tatsächlich Veränderungen gegeben, die Welt sei aber letztlich geblieben, wie sie gewesen ist. »Der Mensch ist ein zu träges Geschöpf, als dass er einfach gebremst werden könnte«, lautete sein illusionsloses Fazit in der *FAZ*. »Er ist das lebendigste aller Viren dieses Planeten.«

Also bleibt tatsächlich alles gleich, nur eben anders? Andere Stimmen betonen indes, trotz vielfach herbeigesehnter Rückkehr zur Normalität spräche wenig dafür, dass das Danach dem Davor gleichen würde. Die Normalität vor dem Corona-Virus werde nicht die Zukunft nach der Pandemie sein.

Covid-19 treibt uns durch eine steile Lernkurve und viele Lektionen werden bleiben. Das betrifft die sozialen Beziehungen in der Gesellschaft genauso wie das Verhältnis der Staaten untereinander, den globalen Wettbewerb der Systeme. Und es betrifft ganz grundsätzlich das spannungsreiche Verhältnis zwischen dem Sicherheitsbedürfnis und dem Freiheitsdrang des Menschen, die konfliktbehaftete Abwägung zwischen Lebens- und Gesundheitsschutz einerseits und ökonomischen wie kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten anderseits.

Wir lernen gerade erst, mit dem Virus zu leben, und realisieren, dass wir uns gegen vergleichbare Bedrohungen besser wappnen müssen. Covid-19 werde höchstwahrscheinlich dazu führen, dass wir unsere Anstrengungen zum Schutz des menschlichen Lebens noch verdoppeln, prognostiziert Yuval Noah Harari mit der Gelassenheit des Historikers, der in seinen Studien regelmäßig die Menschheitsgeschichte durchschreitet. Die vorherrschende kulturelle Reaktion auf Covid-19 sei keine Resignation, sondern eine Mischung aus Empörung und Hoffnung.



Harari, dessen packende Analysen der Vergangenheit mich ebenso faszinieren wie seine nüchtern-technoziden Zukunftsvisionen bisweilen befremden, sieht das Grundvertrauen der Menschen in die Wissenschaft, das Leben zu verlängern, ungebrochen; es unterscheide unsere Welt von der vormodernen Zeit, als der Tod als unausweichliches Schicksal und Ursprung für den Sinn des Lebens gegolten habe. Wenn allerdings die Pandemie, wie auch Harari annimmt, gleichzeitig die Sensibilität des Individuums für seine Zerbrechlichkeit und Vergänglichkeit schärfen würde, wäre das für den modernen Menschen mit seinem Hang zur Hybris und für das Überleben der Spezies sicher nur von Vorteil.

Wir erleben derzeit unsere Verwundbarkeit – die eigene und die der Systeme, in denen wir uns bislang so selbstverständlich bewegt haben. Die Welt, wie wir sie kannten, und unser Grundvertrauen auf eine bessere Zukunft sind gründlich erschüttert. Der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev, mit dem ich mich für dieses Buch zum Gespräch getroffen habe, prognostiziert, die Welt werde eine andere sein, nicht weil unsere Gesellschaften einen Wandel *wollten* oder weil ein Konsens über die Richtung des Wandels bestände, sondern weil eine Rückkehr unmöglich sei. Das entbindet uns nicht von unserer Gestaltungsaufgabe.

Im Gegenteil: Wenn wir jetzt handeln und die Weichen richtig stellen, können wir Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit korrigieren, um widerstandsfähiger zu werden. Was für eine Welt dann tatsächlich am Ende der gegenwärtigen Krise stehen wird, können wir noch nicht absehen. Aber ob diese Krise einen disruptiven Charakter annimmt, indem wir neue, innovative Wege beschreiten, und damit diese Welt ein Stück weit besser machen, liegt in einem erheblichen Maße an uns. An unseren Zielvorstellungen und an unserer Fantasie sowie Tatkraft, diese Ziele zu erreichen, kurz: an unserem *Gestaltungswillen!*

Nach einem Jahrzehnt unterschiedlicher krisenhafter Zuspitzungen sind wir gewohnt, unsere Gegenwart als Krise zu beschreiben. Der Ausnahmezustand scheint zur Regel geworden zu sein. Die Bedrohung durch das Corona-Virus unterscheidet sich allerdings von den vorangegangenen Herausforderungen. Sie ist ein planetares Ereignis und bedroht *jeden* Menschen. Covid-19 ist nicht die erste Pandemie, mit der es die Menschheit zu tun hat. Aber sie ist die erste, die wir durch die modernen Kommunikationsmittel als wirklich globales Phänomen wahrnehmen. In den Demokratien des Westens hat sie erhebliche Freiheits- und Grundrechtsbeschränkungen ausgelöst und sie macht erhebliche staatliche Eingriffe in das soziale und wirtschaftliche Leben notwendig. Die ganze Welt kennt plötzlich *ein* gemeinsames Thema, und obwohl wir in der Bewältigung der Krise in vielem auf uns selbst zurückgeworfen sind, ist unser Blick kosmopolitischer geworden. Oder haben wir uns vorher ähnlich leidenschaftlich mit Fragen des Datenschutzes oder des Gesundheitswesens in Südkorea, Brasilien, Schweden befasst?

Die Corona-Pandemie lehrt Demut. Wir Deutschen wähten uns vor vielen globalen Gefahren in relativer Sicherheit, unser Wohlstand schien garantiert. Plötzlich sehen wir uns nicht nur mit einer rätselhaften, sich ausbreitenden und tödlichen Krankheit konfrontiert, sondern in ihrer Folge auch mit der schwersten Rezession der Nachkriegsgeschichte. Weltweit brach die Wirtschaftsleistung ein, globale Lieferketten wurden unterbrochen, Arbeitsplätze und damit die Existenzgrundlage von Millionen Menschen sind verloren gegangen. Jetzt erinnern wir uns daran, dass Microsoft-Gründer Bill Gates schon vor Jahren mahnte, er fürchte nicht so sehr einen Krieg als eine Pandemie. Damals dachten die meisten von uns: Das wird nie eintreten, das ist doch allenfalls Stoff für Horrorfilme. Heute geißeln Verschwörungstheoretiker den Propheten – und wir alle müssen uns eingestehen, dass wir besser auf ihn gehört hätten.

Die erschreckenden Bilder von Bergamo, die Berichte von Vorrangentscheidungen über Leben und Tod wegen fehlender Intensivbetten im Elsass haben uns an die Grenzen dessen geführt, was wir ethisch vertreten können. Nicht anders die zwischen den Generationen hochemotional geführte Debatte über das Dilemma in der Pandemie, Leben schützen zu wollen und dafür zwangsläufig andere Grundrechte einschränken zu müssen.

Dem gegenüber stehen erstaunliche Erfahrungen neuer gesellschaftlicher Solidarität. In der Isolation gewann menschliche Nähe neuen Wert, innerhalb der Familien, im Freundeskreis, in der Nachbarschaft. Mit der Krise verbinden sich, etwa bei plötzlich als systemrelevant erkannten Berufen, neu gewonnene Einsichten in soziale Schieflagen – und auch in Übertreibungen der Globalisierung, die wir zuvor mehrheitlich für die Normalität hielten und die zum Ausmaß der Pandemie überhaupt erst beigetragen haben. Selbst wenn die Gesundheitskrise zwischenzeitlich fast alles andere dominierte, schärft die existenzielle Bedrohung unser Bewusstsein für den Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen – zumal die Wissenschaft nahelegt, dass es einen Zusammenhang zwischen Klimawandel, dem Raubbau an der Natur mit dem Verlust an Artenvielfalt und dem Risiko von Pandemien gibt.

Die Corona-Krise stellt also mit ihren Folgen für unsere Art, zu leben und zu wirtschaften, viele unserer Gewissheiten infrage und gefühlte Selbstverständlichkeiten auf den Kopf. Sie bedeutet eine Art kollektive Grenzerfahrung, in dem sie Knappheiten aufzeigt und uns dadurch Wertigkeiten neu oder anders bestimmen lässt.

Das ist der Ausgangspunkt für dieses Buch und führt zu einem Leitgedanken, der den hier versammelten Essays und Gesprächen zugrunde liegt: Begrenzung ist für mich eine Bedingung menschlicher Existenz und Knappheit nicht nur ökonomisch

Grundlage für Wertbildung und Wertschätzung. Überfluss führt zur Vernachlässigung. Ich bin überzeugt, dass uns im Schlaraffenland die gebratenen Tauben ganz schnell aus dem Hals heraushängen würden. Es muss die richtigen Anreize geben. Das hat mit dem Menschen zu tun, wie er geschaffen ist. Je höher das hängt, was wir begehren, umso mehr strecken wir uns danach. Fehlt der Ansporn, werden wir bequem. Selbstzufriedenheit, neudeutsch: *Complacency*, tritt ein, wenn uns gesellschaftlich die Balance zwischen Fördern und Fordern verloren geht. Wenn Menschen nichts mehr abgefordert wird, erscheinen auch Probleme immer größer – weil das Selbstvertrauen in die eigene Gestaltungskraft schwindet.

Menschen sind befähigt zu Großem, und sie machen schlimme Fehler. Wir brauchen deshalb Regeln, um frei sein zu können. Das ist mein Verständnis wertgebundener Freiheit, die auf Grenzen angewiesen ist. Nicht um einzuengen, sondern um Halt zu geben. Die Frage nach den Grenzen, die wir benötigen, und denen, die es zu überwinden gilt, stelle ich in diesem Buch immer wieder. Erst aus dem Spannungsverhältnis zwischen dem Drang, Grenzen zu überwinden oder zu verschieben, und der Notwendigkeit, Grenzen zu setzen, ergibt sich menschlicher Fortschritt.

Freiheit und ihre Grenzen: In diesem Spannungsfeld sehe ich die Antworten auf die enormen Herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie nur verschärft werden. Denn ich glaube nicht, dass wir weitermachen sollten wie vor der Krise. Im Gegenteil. Die Spätmoderne, in der wir leben, sei eine Moderne radikaler Entgrenzung, sagt der Soziologe Andreas Reckwitz. Und er moniert rückblickend zu Recht, die Politik habe, statt regulierend und stabilisierend zu wirken, also dem Rad der Entwicklung auch einmal in die Speichen zu greifen, die Prozesse von Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung selbst immer noch weiter beschleunigt.

Die Pandemie zeigt nun gnadenlos dort die Grenzen auf, wo wir in den vergangenen Jahrzehnten deregulierend vieles übertrieben haben, wo das unglaubliche Schwungrad des Kapitalismus und der Finanzmärkte überdreht ist – auf Kosten der Resilienz, des Klimas und der Artenvielfalt sowie des sozialen Zusammenhalts. Darin liegt auch Erklärungspotenzial für den ambivalenten Befund, dass Menschen, die sich von der leidvollen Corona-Krise nicht existenziell bedroht sahen, die Entschleunigung zwischenzeitlich durchaus auch als persönlichen Gewinn erleben konnten. Dass sie die Zeit, die sie mehr für sich oder in der Familie hatten, nicht weniger glücklich machte als die alltägliche Hatz in einem Leben des Überflusses. Glück ist eben relativ und *social distancing* manchmal Anlass, Nähe wieder oder neu zu erfahren. Das Corona-Virus zeigt uns unsere Grenzen auf und erinnert uns daran, dass wir als soziale Wesen auf Beziehungen zu anderen angewiesen sind, auf menschliche Kontakte, auf Gemeinschaft. Damit lenkt es unseren Blick auf die Verantwortung, die wir alle tragen, jeder für sich selbst, aber eben auch für die anderen.

In der Hochphase der Pandemie haben wir erlebt, wie im Ausnahmezustand der Fokus der Öffentlichkeit auf nur *einem* Thema liegt. Die großen deutschen TV-Sender füllten der Fernsehprogrammforschung von ARD und ZDF zufolge mehr als die Hälfte der Sendezeit ihrer Nachrichten mit Beiträgen zur Covid-19-Pandemie. Das war kaum anders bei der Finanzkrise, bei der Flüchtlingskrise und zuletzt der Klimakrise. Die Liste ließe sich fortführen. Auf der Strecke bleibt die Komplexität der Herausforderungen, vor allem ihre Interdependenz.

Deshalb ist die Corona-Krise in diesem Buch nur der Ausgangspunkt, von dem aus ich mich mit Herausforderungen und Themen noch einmal intensiv befasste, die mich politisch seit Jahren begleiten. Die Pandemie gibt nicht nur Anlass dazu, das Verlorengegangene oder Verdrängte wieder wertschätzen zu ler-

nen. Ihre Bewältigung birgt auch die Chance, durch tiefgreifende Veränderungen eine neue gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Dynamik zu entfachen.

Wie wir in diesem Sinne an der Krise wachsen können – davon handelt dieses Buch. Viele bekannte Probleme zeigen sich in verändertem Licht, es stellen sich Fragen anders und sie fordern neue Antworten. Wir werden zu einer Neujustierung unseres Denkens und Handelns gezwungen: in unserem Verhältnis zueinander, in Bezug auf die Globalisierung und die allumfassende Digitalisierung unserer Lebenswelt genauso wie mit Blick auf nationale Identität, europäische Integration und die Bedeutung westlicher Werte im globalen Wettbewerb der Systeme. Vor allem bei der Suche nach dem besten Weg zu einem technologiefreundlichen, nachhaltig-innovativen Wirtschaften, das dem Menschen gemäß und dem Schutz des Klimas und der Artenvielfalt verpflichtet ist – und dabei Grundregeln des verantwortungsvollen Umgangs mit begrenzten finanziellen Ressourcen wahr.

Freiheit und Wohlstand sind nicht voraussetzungslos. Mit der Frage, wie wir in der globalisierten Welt beides bewahren, verbinden sich für unsere Gesellschaften unbequeme Debatten – und für politische Verantwortungsträger die Aufgabe, diese mit anzuregen, auszuhalten und am Ende auch womöglich unpopuläre Entscheidungen nicht zu scheuen. Dazu möchte ich mit diesem Buch ermuntern. Stärken wir die Bereitschaft zur Veränderung – ohne gleich alles infrage zu stellen. Wählen wir nicht Radikalität, sondern besinnen wir uns auf die Fähigkeit, bestehende Interessenunterschiede in der offenen Gesellschaft auszubalancieren. Das setzt die Bereitschaft voraus, dem Gegenüber die gleiche Freiheit zuzugestehen, die ich selbst beanspruche, und die Einsicht, dass verschiedene Meinungen und Grundhaltungen nötig sind, um gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen.

Es kann in der Demokratie keinen Exklusivitätsanspruch einer einzigen Denkrichtung geben, von wie vielen auch immer

sie vertreten wird. Im politischen Alltag fehlt es allerdings häufig an Offenheit und Toleranz, hier läuft bisweilen der Meinungsstreit aus dem Ruder. Die plurale Gesellschaft wandelt sich, und die Erfahrung zeigt, dass kein Akteur im Voraus weiß, was gut für alle ist. Niemand trifft Entscheidungen für immer. Einschätzungen können sich im Laufe der Zeit überleben oder als falsch erweisen. Aber die Demokratie erlaubt Fehlerkorrekturen, das macht sie und die offene Gesellschaft menschlicher als jede andere Ordnung.

Ich lasse mich in diesem Buch deshalb von einer Grundprämisse westlichen Denkens leiten: von der Bereitschaft zu kritischer Selbstreflexion – und von der Lust an der kontroversen Debatte. Meine in sieben Essays gefassten Überlegungen zu Grundlagen unserer politischen Ordnung und den großen Zukunftsthemen, denen wir heute gegenüberstehen, stelle ich im Gespräch mit Intellektuellen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Diskussion. Es sind alles Experten auf ihrem Gebiet, deren Arbeiten mich fasziniert und inspiriert haben oder zum Widerspruch reizen. Mir geht es dabei nicht um fertige Lösungen. Vielmehr möchte ich Politik als Denkprozess erkennbar, die Bandbreite an legitimen Sichtweisen und Argumenten sichtbar und – im Idealfall – die Freude an der lebhaften Diskussion nachvollziehbar machen. Ich möchte zu Rede und Gegenrede einladen, zu einer leidenschaftlichen und sachbezogenen Debatte, wie sie auch das Parlament führen sollte.

Vor allem möchte ich mit der Erfahrung eines politischen Lebens, das persönliche Tiefschläge ebenso kennt wie überwundene politische Krisen, dazu ermutigen, an die eigene Gestaltungsfähigkeit zu glauben. Denn wir brauchen Zuversicht. Fatalismus ist für einen Politiker keine Option. Läge alle Macht beim Schicksal, wäre Politik zwecklos. Ihr Grund liegt im Gestalten. Die Vorstellung von einem allmächtigen Schicksal oder vermeintlich übermächtigen Lenkern ist so falsch wie gefährlich.

Sie ist unvereinbar mit dem Bild vom Menschen, auf dem unsere Gesellschaft gründet, und sie widerspricht den leitenden Prinzipien: Freiheit, Selbstbestimmung und, daran anknüpfend, Verantwortlichkeit.

Machen wir uns nicht kleiner, als wir sind. Wir haben keinen Grund zu verzagen. Wir können die Wirklichkeit nicht beliebig nach unseren Wünschen konstruieren, aber wir können sie verändern – und das sollten wir. Als Individuen und als Gesellschaft. In der Politik ist dies oft mühselig, selten spektakulär und meist nicht im umfassenden Sinne zufriedenstellend. Aber es ist in einer freien, offenen, vielfältigen Gesellschaft der einzige Weg zwischen irrationalem Wunschdenken und düsterem Fatalismus.

Die Zukunft ist offen, auch wenn sich das Heute darin fort schreibt. Manchmal spielt uns das Schicksal in die Hände, und das völlig Unerwartete macht das Erhoffte plötzlich möglich. Der Politik bleibt es dann überlassen, die Möglichkeiten, die sich überraschend bieten, zu erkennen und zu nutzen, das Schicksal beim Schopfe zu packen. Der Fall der Mauer war eine solch glückliche Fügung für die Deutschen, auch wenn er viele Mütter und Väter hat, die über Jahre und Jahrzehnte auf die Überwindung der deutschen Teilung hingewirkt haben – auf der einen Seite der Grenze unter hohem persönlichem Risiko, auf der anderen gegen den Mainstream derer, die sich an die Zweistaatlichkeit längst gewöhnt hatten.

Glück ist indes selten eine Kategorie der Politik, und es wäre zynisch, in der Corona-Pandemie eine glückliche Fügung zu erkennen. Das Virus ist eine Zumutung – doch es hilft nicht, bloß zu lamentieren. In der Bewältigung der Krise liegt auch eine Chance, jedenfalls dann, wenn wir die Aufgabe annehmen und jetzt Entscheidungen treffen, die zuvor nicht realistisch waren.

Wir können dabei nicht wissen, was noch auf uns zukommt. Die Menschen, die 1989 in der DDR auf die Straße gingen, wuss-



ten auch nicht, was passieren würde. Es gab damals Hoffungszeichen, nicht zuletzt durch die Reformversuche Michail Gorbatschows in der Sowjetunion als Folge der im Westen zuvor so heftig umkämpften Nachrüstungspolitik. Dennoch konnte niemand ernsthaft voraussehen, dass am 9. November die Mauer fallen würde, friedlich, ohne einen einzigen Schuss. Und für den Weg zur staatlichen Einheit binnen eines Jahres gab es auch keine Vorlage. Wie hätte es unter den Bedingungen des Kalten Krieges anders sein können? Aber als sich die Chance bot, haben wir Deutschen sie beherzt ergriffen!

Wir können auch heute optimistisch sein, indem wir nicht allein darüber reden, was es abzuwehren gilt und was wir verlieren könnten, sondern mehr auf die Möglichkeiten blicken, die wir haben. Darauf, was wir in dieser Krise erreichen wollen. Konflikte und Krisen wirken produktiv, indem sie das Gefahrenbewusstsein schärfen, zur Verständigung und Selbstverständigung zwingen. Sie können den Weg bahnen zu neuen Instrumenten, zu neuen Allianzen, um die Zukunft zu gestalten. Sie bieten das Potenzial dafür, überkommene Traditionen, gesellschaftliche Verkrustungen und nationale Selbstblockaden aufzubrechen.

Das beginnt mit der Einsicht, dass auch vor dem Coronavirus nicht alles in Ordnung war – und mit dem Willen, eine neue Weltordnung nach der Pandemie aktiv mitzugestalten. Winston Churchill sagte: Verschwende niemals eine gute Krise. Die Erfahrung gibt ihm recht. Je besser die Lage, umso größer ist die Trägheit. Ohne den Druck von Krisen ist die Bereitschaft zu Veränderungen zu gering. Jetzt erleben wir eine Krise, wie wir sie uns niemals vorstellen konnten und wie wir sie auch nicht noch einmal erleben wollen, in der aber manches möglich wird, was zuvor undenkbar schien. Das können wir nutzen, um voranzukommen.

Deutschland erlebt mitten im erzwungenen Stillstand in vielen Bereichen eine ungeahnte Beweglichkeit. Jahrelang wurde

die Online-Sprechstunde skeptisch bäugt, jetzt ist sie Realität und erweist sich als sinnvolle Ergänzung im alltäglichen Praxisbetrieb. Unternehmen realisieren in Windeseile den lange gehegten und immer wieder verschobenen Plan, auf das digitale Büro umzustellen – und machen die Erfahrung, dass sich auf manche zeitraubende Dienstreise verzichten lässt. Selbst die öffentliche Verwaltung zeigt vielfach ungeahnte Flexibilität. Freiberufler und Soloselbstständige staunen, dass »unbürokratische Soforthilfe« tatsächlich bedeuten kann, dass ein online gestellter Antrag genügt und das Geld am nächsten Tag auf dem Konto eingeht. Innerhalb weniger Wochen wurde ein Corona-Krankenhaus errichtet, ohne dass es sich im Gestrüpp des Genehmigungs- und Planungswesens verheddert hätte – und das ausgerechnet in Berlin, dessen Flughafen zum Sinnbild der deutschen Selbstblockade wurde.

Der Umgang mit dem Virus, das Unbekannte und Unabsehbare zwingt uns Deutsche dazu, trotz unseres sprichwörtlichen deutschen Perfektionsdrangs spontan zu reagieren. Und wir erleben: Das geht. Wir lernen, auch mit Unzulänglichkeiten umzugehen, mit dem Nichtperfekten zu leben. So ist der Mensch, so ist die menschliche Gesellschaft. In der Gelassenheit, die uns abverlangt wird, liegt eine Kraft, die uns bei vielen komplexen Herausforderungen voranbringen wird. Davon wird in diesem Buch immer wieder die Rede sein.

Deutschland ist im letzten Jahr in vielem über sich hinausgewachsen. Gerade die jüngere Generation, die sich an der Unbeweglichkeit in Politik, Gesellschaft und Verwaltung gestört hat, macht eine wertvolle Erfahrung: Wir müssen uns nicht an das Bestehende klammern! Wir können Bewährtes sichern und zugleich Neues wagen, auch auf die Gefahr hin, uns später korrigieren zu müssen.

Das kann uns nachhaltig aus der Saturiertheit befreien, in die wir in Jahrzehnten wachsenden Wohlstands und zunehmender

Unbeweglichkeit teilweise geraten waren. Viele Menschen in unserem Land spüren, dass es Veränderung braucht. Wir stehen vor großen Aufgaben – das setzt Kräfte und Fantasie frei. Innovationen stärken das Vertrauen in unsere Gestaltungsfähigkeit, die Überzeugung, den Veränderungen gewachsen zu sein. Wir haben die Freiheit, die Welt, in der wir leben, besser zu machen, Großes leisten zu können. Darauf kommt es jetzt an.

## **Grenzenlos glücklich? Der Mensch zwischen Freiheit und Begrenztheit**

Der Mensch braucht Grenzen. Wir bewegen uns in einer Ambivalenz: Wir streben nach Freiheit und brauchen zugleich Überschaubarkeit. Das Leben des Menschen in Grenzen beginnt mit der Vertreibung aus dem Paradies. Auch wer sich nicht in der Nachfolge von Adam und Eva sieht, wer nicht an die Auferstehung und das ewige Leben glaubt, kennt die menschliche Urerfahrung: Unser Leben ist endlich. Die Unendlichkeit liegt jenseits unserer Vorstellungskraft, weckt aber unsere Fantasie. Die Unendlichkeit ist ein Sehnsuchtsort: Wenn Goethes Faust seufzt, der schöne Augenblick möge verweilen, sperrt er sich gegen das Verrinnen der Zeit – natürlich vergebens. Wir Menschen sind von jeher fasziniert von der Vision, die Zeit anzuhalten, von Jungbrunnen oder Versuchen, das Sterben hinauszuzögern.

Obwohl wir heute länger leben und später sterben als frühere Generationen, nähren medizinisch-technische Entwicklungen weitere Allmachtsvorstellungen. Wir können inzwischen das Lebensende zwar hinausschieben, abschaffen können wir es nicht. Unsterblichkeit ist uns glücklicherweise nicht gegeben. Unser Leben ist in ständiger Veränderung. Dem können wir uns nicht entziehen, aber daran können wir wachsen.

Wir sind als Menschen zur Freiheit begabt, es ist uns aufge-

geben, etwas aus unserem Dasein zu machen. Dabei verschieben sich je nach Alter, Erfahrung, persönlichem Umfeld und aktueller Lebenslage unsere Ansprüche. Die erste gute Note, die erste Goldmedaille zählen mehr als die folgenden. Was die Ökonomie als abnehmenden Grenznutzen kennt, ist eine menschliche Lebenserfahrung. Daraus entwickeln wir ein individuelles Lebenstempo, einen Ausgleich zwischen Beharren und immer neuen Herausforderungen, zwischen dem, was wir sind, dem, was wir wollen, und dem, was wir können.

Die Startbedingungen dafür sind unterschiedlich. Das liegt in der Situation begründet, in die wir hineingeboren werden, und in der Persönlichkeit jedes Einzelnen. Das eine kann und sollte der Staat absichern, das zweite aber, die Entwicklung unseres Selbst, wird nicht allein von sozio-ökonomischen Bedingungen bestimmt, sondern liegt letztlich auch in unserer Hand.

Der Mensch ist ein soziales Wesen, abhängig von anderen, denn – in den Worten der Enzyklika *Fratelli tutti* von Papst Franziskus – »ohne ein breiteres Beziehungsgeflecht ist es nicht möglich, sich selbst zu verstehen«. So wie wir ohne unsere Eltern nicht auf der Welt wären, kämen wir ohne andere Menschen nicht weit. Das Bewusstsein, dass unsere eigene Freiheit dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt, prägt unser Leben – ob wir uns dessen bewusst sind oder ob nicht. Für das Zusammenleben gelten notwendigerweise Regeln, an die sich die Mehrheit der Menschen in einer Gemeinschaft halten – freiwillig in freien Gesellschaften, unter Druck in totalitären Systemen, in denen die universellen Menschenrechte verletzt und die bürgerlichen Freiheiten ignoriert oder eingeschränkt sind.

Regeln geben Halt, sie weisen uns den Weg, geben Orientierung, und vielleicht beruhigen sie uns auch. Regeln entspringen nicht allein der Logik oder der Vernunft, sie müssen vielmehr dem Menschen gerecht werden. Sie wandeln sich und funktionieren nur dann, wenn sie den Menschen in ihrer Zeit entspre-

chen, ihren Ansprüchen, Erfahrungen und Emotionen, wenn sie auf unsere Begrenztheit verweisen. Diesen Bezug zur Humanität brauchen wir gerade in einer komplexer werdenden Welt, in der Digitalisierung und Globalisierung scheinbar grenzenlosen Fortschritt möglich machen.

In der Demokratie funktioniert das Zusammenleben, wenn die Mitglieder einer Gesellschaft die für alle geltenden Regeln akzeptieren, wenn der Staat Verstöße ahndet und die Gesetze den sich wandelnden Bedürfnissen der Gemeinschaft fortlaufend angepasst werden – nicht zuletzt, um die Gefahren, denen die freie Gesellschaft ausgesetzt ist, abzuwehren. Karl Popper ermutigt uns dazu: »In der Demokratie besitzen wir den Schlüssel zur Kontrolle der Dämonen.« Wir müssen wachsam sein für diese Bedrohungen, die »Dämonen« identifizieren und bekämpfen, in welcher Gestalt sie auch immer daherkommen. Eine starre Gesellschaftsordnung, die an überkommenen Konventionen festhält, verliert Legitimität und Akzeptanz.

Freie Gesellschaften haben die Beweglichkeit, Regeln zu hinterfragen und die alte Ordnung an neue Erwartungen anzupassen. Die mühsam erstrittene Gleichberechtigung der Frau oder inzwischen garantierte Minderheitenrechte sind Beispiele dafür, wie sich das Verständnis der Gesellschaft gewandelt hat und neue Normen und novellierte Gesetze diesen Wandel widerspiegeln. Sie zeigen auch, wie quälend langsam gesellschaftlicher Fortschritt sich entwickelt und wie lange es dauert, bis eine Gesellschaft reif ist, Grenzen zu verschieben. Aber das sollte uns nicht entmutigen: Wandel ist möglich – und Veränderung nötig!

Seit mehr als siebenzig Jahren schützt der Staat unsere persönliche Integrität. Das Grundgesetz garantiert individuelle Freiheit und Sicherheit. Der Staat und seine Institutionen haben die Aufgabe, die Freiheit aller zu sichern. Aber Freiheit gilt nicht absolut, sie braucht Grenzen. Wir sind zur Freiheit verpflichtet, und zugleich nimmt sie uns in die Pflicht: unser Leben bewusst zu gestalten,

für unsere Werte und unsere Entscheidungen Verantwortung zu übernehmen. Für uns selbst – und für die Gemeinschaft.

Diese Erfahrung prägt unser Denken und Handeln, es weist uns jedoch nicht nur in unsere Schranken, sondern gibt unserem Leben zugleich einen Sinn: »Das Leben«, schreibt der Philosoph Robert Spaemann, »hat eine Gestalt wegen seiner Begrenztheit. Ginge es endlos weiter, würde es nicht mehr zu einem Ganzen. Es gäbe auch keinen Grund mehr, etwas zu tun. Wenn ich ewig lebe, kann ich alles, was ich heute tun kann, ebenso gut morgen tun.« Weil wir uns der Vergänglichkeit bewusst sind, versuchen wir, unserer begrenzten Lebenszeit einen Sinn zu geben.

Grenzen fordern den Menschen von jeher heraus. Ob im Sport oder in der Wissenschaft, ob es Herausforderungen sind, denen wir uns selbst stellen, oder schicksalhafte Prüfungen, denen der Einzelne oder ganze Gesellschaften ausgesetzt sind. Ob es die Suche nach neuen Herausforderungen, nach Erkenntnis oder Rekorden ist – wir staunen immer wieder, was möglich ist, und erleben als positive Erfahrung, wenn wieder eine Mauer fällt oder Forscher eine unvermutete Entdeckung machen. Es steckt in uns, neugierig zu sein, Grenzen des Wissens, des Bekannten, der Erkenntnis immer weiter hinauszuschieben. »Wir sind nichts, was wir suchen, ist alles«, schrieb der verzweifelt Suchende Friedrich Hölderlin. So sind offenbar wir Menschen: Wir gehen an Grenzen und sind danach versucht, neue Anstrengungen in Kauf zu nehmen, um sie zu sprengen oder zu überwinden. Damit sind wir weit gekommen – allerdings im Wissen darum, dass unsere Macht niemals grenzenlos sein kann, und im Bewusstsein unserer eigenen Fehlbarkeit.

Wohin Größenwahn und Grenzverletzung führen, zeigt unsere Geschichte. Die Anerkennung der Würde des Menschen ist *die* entscheidende Lehre aus dem Missbrauch, den die Nationalsozialisten mit der Rechtsordnung, mit Anstand und Moral trieben. Die pervertierte »NS-Moral« belohnte das Gegenteil

von Mitmenschlichkeit und anständigem Verhalten. Anstand bedeutet nicht etwa rigider, gesellschaftlicher Konformismus. Der Begriff verweist vielmehr zurück auf das Individuum und dessen Verantwortung im Zusammenleben mit anderen. Widerstand und Tyrannenmord sind Grenzüberschreitungen – aus einer moralischen Verpflichtung heraus, so wie es Hans Scholl für sich formuliert haben soll: »Nicht: es muss etwas geschehen! Sondern: Ich muss etwas tun.«

## Der Verlust des Religiösen

Obwohl sich die Evangelische Kirche als Institution dem Nationalsozialismus nicht entgegengestellt hatte und sich die sogenannten »Deutschen Christen« in den Gemeinden dem Regime bereitwillig angedient hatten, besannen sich unmittelbar nach Kriegsende viele Menschen auf christliche Werte, darunter viele, denen die westlichen Alliierten Verantwortung für den Aufbau des Gemeinwesens übertrugen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes, Mitglieder des Widerstands, Christen aus der Wählerschaft des Zentrums, Liberale und Sozialdemokraten, machten sich entschlossen für einen Aufbruch in eine neue, vor staatlicher Bevormundung schützende Ordnung stark. Seit Gründung der Bundesrepublik hat sich unsere Gesellschaft erheblich gewandelt – besonders im Hinblick auf Glauben und Religion. Die in den Gründungstagen des Grundgesetzes noch gängige Kirchenmitgliedschaft hat ihre Selbstverständlichkeit verloren. Unser Land ist offener, vielfältiger und säkularer geworden – eine zeitgemäße Entwicklung, die allerdings auch zur Folge hat, dass ein wichtiger Begründungszusammenhang für unsere Werte und Normen nicht mehr Allgemeingut ist. Die jüdisch-christliche Deutung des Lebens und der Welt ist nicht mehr das einende Dach über den Köpfen der Menschen. In dem Maße, in dem unsere Gesellschaft – wie viele andere in Europa



auch – den Bezug zu den Wurzeln ihrer Werte verliert, kommt ihren Mitgliedern das Wissen um unsere Fehlbarkeit, um Buße oder Vergebung abhanden. Heute erscheinen vielen Menschen Begriffe wie Demut, Barmherzigkeit oder Nächstenliebe altmodisch, sie kennen deren Bedeutung nicht mehr.

Mit der schwindenden »religiösen Musikalität« weiter Teile der Gesellschaft geht das Wissen über biblische Gleichnisse und kirchliche Rituale verloren. Das ist mehr als nur ein Kulturverlust. Zwischenmenschliches Verhalten oder auch grundsätzliche, ethisch begründete politische Entscheidungen können sich dann nur noch aus sich heraus erklären – es geht ihnen eine tiefe, eben religiöse Begründung und Wahrhaftigkeit verloren. Gerade aus dem lebendigen Bezug zum Glauben leiten wir aber ein wichtiges Korrektiv ab: die Bitte um Vergebung.

Auch im Politischen erschöpft sich Versöhnung nicht in der Annäherung an einstige Kriegsgegner – wenngleich die deutsch-französischen Beziehungen ein für Europa wichtiges Beispiel der Aussöhnung sind. Gräben, die sich mitten durch unsere Gesellschaft ziehen, können in einem offenen Versöhnungsprozess überbrückt und wieder geschlossen werden – leider fehlt manchmal der Mut dazu. Umso mehr stach in der frühen Debatte um die Eindämmung des Corona-Virus eine Äußerung aus dem Grundrauschen der politischen Auseinandersetzung heraus: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bemerkte, nach der Pandemie müssten wir einander noch viel verzeihen. Das verweist auf die Fehlbarkeit allen menschlichen Handelns. Politische Entscheidungen sind davon nicht ausgenommen – auch wenn das Eingeständnis von Fehlern im politischen Kontext höchst selten vorkommt, weil es in der Öffentlichkeit meist auf Unverständnis und zum Teil auf Gnadenlosigkeit trifft.

Immer wieder führen Konflikte oder Notlagen in Dilemmasituationen: Gleich wie die politisch Verantwortlichen entscheiden – sie werden schuldig. In den Achtzigerjahren gab es eine

Geiselnahme von zwei Deutschen im Libanon, nachdem der Bundesgrenzschutz den Terroristen Mohammed Ali Hamadi in Frankfurt gefasst hatte. Die Forderung der Geiselnahmer war, die Deutschen gegen Hamadi auszutauschen. Als Leiter des Krisenstabes habe ich zunächst mit der Frau und dem Sohn eines der Entführten ein langes Gespräch geführt und ihnen gesagt, dass ich der Erpressung nicht nachgeben werde. Wir versprachen, alles zu tun, um das Leben der Geiseln zu retten. Wir haben auch erklärt, dass es zu einer Situation kommen könnte, in der wir vor einer bitteren Entscheidung stehen würden. Klaus Kinkel, damals Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, hat mich unter vier Augen bestürmt: »Herr Schäuble, Sie werden Ihres Lebens nicht mehr froh, wenn Sie nicht nachgeben.« Ich habe gesagt: »Nein, Herr Kinkel, da bleiben wir fest.« Zum Glück sind die Geiseln damals freigekommen.

Anders war es zuvor Helmut Schmidt angesichts des erpresserischen Terrors der RAF ergangen. Ich werde nie die Rede vergessen, die er als Bundeskanzler 1977 bei der Trauerfeier für den entführten und ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer gehalten hat. Schmidt wandte sich an die Witwe und bekannte: Ja, ich bin mitschuldig am Tod Ihres Mannes, aber ich musste diese Entscheidung treffen. Er war der Forderung der Geiselnahmer nach Freilassung von RAF-Terroristen nicht nachgekommen. Das sind politische Grenzerfahrungen. Extremsituationen, in denen es keinen Ausweg gibt, als sich der Verantwortung zu stellen und schuldig zu werden.

Unsere zwar christlich geprägte, aber von Ritualen wie der Buße entfremdete Gesellschaft lässt auch für Schuldeingeständnisse im Alltag und für verzeihliche Fehler wenig Raum. Sie gibt sich vielfach unversöhnlich. Dabei bietet doch die Demokratie, im Gegensatz zu anderen Modellen, die Fähigkeit zur Fehlerkorrektur. Wie weit wir uns als Gesellschaft und als Individuen in unserem jeweiligen Umfeld auf einen offenen Umgang mit

menschlichen Schwächen, Fehlern und mit dem Nichtperfekten einlassen, hängt nicht zuletzt von der Geduld und Großherzigkeit unserer Mitmenschen ab. Wenn Selbstkritik wie im Sozialismus zum Ritual verkommt und als Mittel zur Disziplinierung missbraucht wird, dann dient das Fehlereingeständnis nur der öffentlichen Demütigung. Wenn es aber ermöglicht, Irrtümer zu erkennen, Schuld einzugestehen und um Vergebung zu bitten, ist es produktiv. Dann kann es helfen, Fehler zu korrigieren und zu vermeiden. Die freiheitliche Ordnung zwingt niemanden, sich selbst zu belasten. Sie erwartet aber einen wahrhaftigen Umgang miteinander und setzt das Anerkenntnis voraus, dass niemand ohne Fehler ist, dass wir aber aus Fehlern lernen können.

Gerade weil niemand von uns unfehlbar ist oder immer absolut recht hat, können wir zu uns selbst und zu anderen Vertrauen entwickeln, sogar zu politisch Verantwortlichen. Es gibt Gründe für den oft konstatierten Vertrauensverlust und den Vorwurf, Politiker seien abgehoben – im Einzelfall. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass es weder Grund für Pauschalurteile noch für ein generelles Misstrauen gegenüber Eliten in der Politik, der Wirtschaft oder der Wissenschaft gibt. Gleichwohl brauchen wir für die Verständigung und den Dialog mehr Demut auf der einen und mehr guten Willen auf der anderen Seite. Das ist angesichts verhärteter Positionen schwierig – der Blick in die Geschichte aber kann Mut machen. Denn es ist immer wieder gelungen, unüberwindbar scheinende Mauern im Dialog einzureißen und neue Gestaltungsspielräume zu eröffnen. »Die Menschheit zur Freiheit bringen, das heißt, sie zum Miteinanderreden zu bringen«, nannte der Philosoph Karl Jaspers das nach dem Zivilisationsbruch im Nationalsozialismus. Wer weiß, dass er in »Verantwortung vor Gott und den Menschen« handelt, der muss nicht fromm sein, um zu spüren, dass er nicht nur sich selbst verpflichtet ist. Der wird es leichter haben, gerecht wider seinen Nächsten zu handeln.

## Das Leben selbst in die Hand nehmen

Deutschland ist ein ungemein lebenswertes Land. Manchmal gewinnt man den Eindruck, als wüssten andere das viel besser als wir selbst. Wir leben in Sicherheit, die allermeisten von uns auch in zumindest geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen. Selbstverständlich sind unser Wohlstandsniveau, unser Sozialwesen und unsere Rechtsordnung aber keineswegs – und doch tun wir oft genug so, als sei es ganz normal, nach immer mehr zu verlangen und immer neue Forderungen zu stellen. Mit einem fatalen Effekt für die Sozialsysteme: Staatliche Leistungen werden nicht mehr als wertvoll wahrgenommen, sondern als selbstverständlich. Nehmen wir überhaupt noch wahr, was wir haben? Was die Gemeinschaft leistet? Dass wir in Frieden und Freiheit leben, über einklagbare Rechte verfügen und zur Teilhabe berechtigt sind? Dass es eine Wechselbeziehung zwischen uns und dem Staat gibt? Ein Geben und Nehmen, ein Fördern und Fordern?

Die Aufforderung, das eigene Leben aktiv selbst in die Hand zu nehmen, mündet in die Frage, wie viel in unserer eigenen Verfügungsgewalt liegt. Diese Fragen beschäftigen die Menschheit seit über zweieinhalbtausend Jahren. Sie haben in einer Zeit, in der vermittelt Gentechnik und Künstlicher Intelligenz der Mensch selbst zum Schöpfer wird, an Aktualität nichts verloren, im Gegenteil. Wir beanspruchen, als freie Individuen handeln zu können, und tragen damit Verantwortung für alles, was wir tun, für das Gute wie für das Schlechte. Dieser Verantwortung vermag sich niemand zu entziehen.

Der Mensch mag nicht der alleinige Herr über sein Schicksal sein, aber er kann – und muss! – sein Leben in die Hand nehmen. Darauf beruht die grundgesetzliche Leitidee vom Schutz der Menschenwürde: die »Vorstellung vom Menschen als einem geistig-sittlichen Wesen [...], das darauf angelegt ist, sich in Freiheit selbst zu bestimmen und zu entfalten«, wie das Bundes-

verfassungsgericht regelmäßig ausführt – gelegentlich mit dem ergänzenden Hinweis, dass diese Freiheit sich nicht verstehe »als diejenige eines isolierten und selbstherrlichen, sondern als die eines gemeinschaftsbezogenen und gemeinschaftsgebundenen Individuums«. Weil der Mensch nur in Bindungen, in gesellschaftlichen Beziehungen denkbar ist, schließt seine Freiheit die Verantwortung für die Mitmenschen ein.

Gerade in schwierigen Situationen wird deutlich, wie wandlungs- und anpassungsfähig wir sind. Wir können in Krisen immense Kräfte entfalten, die wir uns vorher gar nicht zuge-  
traut haben, Grenzen überwinden und das Leben anders wahrnehmen. Diese Erfahrung ist prägend. Als ich in der Klinik in Freiburg war, nachdem ein psychisch kranker Mann auf mich geschossen hatte, musste ich sie machen. Mir ging es in der ersten Zeit auf der Intensivstation wirklich elend. Ich wusste schon, dass ich im Rollstuhl sitzen muss, als mich ein guter Freund, der auch unser Gemeindepfarrer war, besuchte. Er sagte: »Weißt du, ich habe da auch keinen so ganz richtigen Trost. Aber was ich dir sagen kann: Es ist auch Leben.« Natürlich hat dieses einschneidende Erlebnis mein Leben völlig verändert. Aber zu behaupten, ich wäre jetzt in den vergangenen dreißig Jahren weniger glücklich gewesen, das wäre falsch.

Die Erfahrung lehrt, dass wir Dinge erst zu schätzen lernen, wenn es an ihnen mangelt. Die tröstliche Botschaft, die man daraus trotzdem ableiten kann, heißt: Der Mensch kann sich verblüffend schnell anpassen, sogar an schlimme Not. Natürlich strebt jeder danach, dass es »aufwärts« oder »voran« geht, dass es den Kindern schließlich noch besser gehen wird. Wenn die Umstände aber ungewöhnliche Härten oder Mangel bringen, muss das nicht heißen, dass die Menschen deshalb weniger Glück empfinden.

Eine wichtige menschliche Grunderfahrung ist das Geben, das dem Sprichwort zufolge seliger ist als sein Pendant, das Nehmen.

Es entspringt einem menschlichen Bedürfnis, dem Gegenüber die Hand zu reichen und eine wechselseitige Verbindlichkeit zu schaffen, füreinander einzustehen. In modernen Gesellschaften übernimmt der Staat Verantwortung für die Gemeinschaft. Je mehr die Bürger allerdings vom Staat erwarten, umso enger werden ihre eigenen Spielräume. Zudem sinkt die Motivation, sich zu engagieren, wenn Leistung ohne Gegenleistung geboten wird. Der Sozialstaat muss eine Balance zwischen Überforderung und Unterforderung finden, die Mitte zwischen gefährlicher Vernachlässigung und lähmender Überforderung immer neu suchen.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Menschen vor allem dann glücklich sind, wenn sie ernst genommen werden in ihren Bedürfnissen und ihrer Leistungsfähigkeit. Wenn sie Aufgaben erfüllen können, stellt sich Befriedigung ein. Deshalb ist Bürgerengagement so eine wichtige gesellschaftliche Ressource. Wer mit eigener Initiative etwas selbst in die Hand nimmt und Veränderungen nicht einfach geschehen lässt, sondern selbst lenkend oder rettend eingreift, empfindet Befriedigung. Ideen zu entwickeln und mit Energie auf Herausforderungen zu reagieren, ist nicht Sache der Verwaltung, sondern der Bürger selbst. Der Staat muss denen, die einen besonderen Willen zur Veränderung haben, die nötigen Freiräume geben. Davon können wir alle profitieren und das macht die Freiheit der Bürgergesellschaft aus.

Der Staat hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die Freiheit des Einzelnen, das Zusammenleben aller und das Gemeinwohl gesichert sind. Er trifft Daseinsvorsorge für alle, sollte ein allgemeines Bildungswesen und eine funktionierende Infrastruktur bereitstellen, die öffentliche Sicherheit nach innen und außen garantieren und Leitplanken für eine lebenswerte, produktive und solidarische Gesellschaft setzen. Aber im sozialen Miteinander sollten wir auch nicht alles gesetzlich regeln oder staatlich verwalten wollen. Und wir sollten auch

nicht *erwarten*, dass alles gesetzlich geregelt oder verwaltet wird. Selbst aktiv werden, eigene Prioritäten setzen und gestaltend wirken: Wer sich im Ehrenamt engagiert, weiß, was damit gemeint ist. Denn nicht nur der Hilfsbedürftigkeit des einen wird abgeholfen, auch der andere macht eine elementare Erfahrung: Er tut Gutes, ungefragt und aus sich heraus. Er macht die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, indem er die Grenze zwischen sich und anderen überwindet.

## Technologie an der Grenze zum Menschlichen

Noch etwas anderes bestimmt das gesellschaftliche Befinden: In der Globalisierung sind wir zuletzt vielfach an die Grenzen der menschlich vertretbaren Geschwindigkeit in Kommunikation und Mobilität gestoßen. Die radikale Entschleunigung im Shutdown hat uns das bewusst gemacht. Wir leben in permanenter Überdrehung, und nicht wenige Menschen empfinden fast eine Sehnsucht nach mehr Langsamkeit – im Sinne Solons, des antiken Gesetzgebers, der es für klug hielt, ein Land nicht schneller verändern zu wollen, »als das Volk ertragen kann«. Auch im Wandel muss der Mensch Mensch bleiben können. Wenn wir die Erfahrung der Pandemie jetzt nutzen, um Veränderungen anzustoßen, sollten wir sie deshalb so gestalten, dass die Menschen Schritt halten, mit den Veränderungen fertigwerden können – national wie global. Wir müssen den technologischen Fortschritt, wie wir ihn erleben, und die fortschreitende Entwicklung in anderen Regionen der Welt mit dem Befinden der Menschen in Einklang bringen und Grenzen des Menschlichen akzeptieren. Nur so werden wir unseren Traditionen und unserer Kultur gerecht.

Angesichts der Pandemie hat sich der Blickwinkel geweitet: Zwar sind zentrale Fragen noch offen und wir wissen längst noch nicht, wie wir langfristig mit Risikogruppen umgehen wollen.

Aber es wurde deutlich, dass Verhaltensänderungen nötig sind, vor allem Rücksicht im Umgang mit Menschen, deren körperliche Konstitution so labil ist, dass sie vor dem Virus besonders zu schützen sind; mit Menschen, deren finanzielle Lage unverschuldet so prekär ist, dass sie wirtschaftliche Unterstützung benötigen; mit Kindern, deren Eltern Hilfe bei Bildung und Erziehung benötigen; und mit alten oder kranken Menschen, die das Recht auf ein würdiges Lebensende haben. Dazu tritt das beklemmende Gefühl, der Digitalisierung, dem medizinisch Machbaren womöglich ausgeliefert zu sein. Die selbst beschleunigenden Entwicklungen sind vielfach kaum noch nachvollziehbar, das löst Angst aus.

Tatsächlich ist der Begriff Künstliche Intelligenz eigentlich eine Anmaßung, denn er misst der Datenverarbeitung eine originär menschliche Eigenschaft zu – und lässt viele grundsätzliche Fragen offen: Können Algorithmen, also menschengemachte Apparate, so perfekt sie auch sein mögen, uns Menschen am Ende überflüssig machen? Was hat es für Folgen, dass heute Rechner denken lernen? Dass sie fehlerfrei und schneller entscheiden, als wir Menschen es könnten? Wird das menschliche Hirn zum Gegenstand digitaler Vernetzung? Was bedeutet es, wenn Maschinen wie der ins All gestartete Roboter Cimon, ein Reisebegleiter des deutschen Raumfahrers Alexander Gerst, künftig auch mit künstlicher emotionaler Intelligenz ausgestattet sind?

Folgt daraus, dass sich auch Demokratie und Politik mittels neuer Technologien verbessern lassen? Können uns wissenschaftlicher Fortschritt und Künstliche Intelligenz vor den Unzulänglichkeiten der demokratischen Wirklichkeit schützen? Ein neuseeländischer Unternehmer hat einen selbst lernenden Roboter entwickelt, der sich als »virtueller Politiker der Zukunft« präsentiert. Er hat den erklärten Anspruch, die Lücke zu schließen zwischen dem, was die Wähler wollen, und dem, was Politiker tatsächlich umsetzen. Er will »jeden Neuseeländer reprä-